

Merseburger Tageblatt

Bezugspreis in der Stadt für Abnehmer monatlich 12 Mk., durch Boten bezogen monatlich 13.20 Mk., bei Postbezug monatlich 15.00 Mk. frei Haus. Einbehalten werdiglich nachmittags. Einzelnummer 60 Hg. Postfachkonto: Amt Leipzig Nr. 16 624. Verlagsstelle: Ritterstraße 4. Für unentgeltliche Entsendungen wird kein Entgelt gefordert. Erfüllungsort Merseburg.

(Kreisblatt)

Unparteiische

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg
(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger.)
Herausgeber Ludwig Voth.)
mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 68.

Dienstag, den 21. März 1922

162. Jahrgang

Tageschronik

Die Zusammenkunft der deutschen Abordnung für Genoa. Die Zahl und Unterbringung der fremden Vertreter auf der Konferenz.
Die Quadrupel rückt sich gegen eine Erweiterung der Sachlieferungsstellen.
In Berlin wurde eine geheime kommunistische Rantanklage entdeckt.
Sämtliche amerikanischen Truppen werden das Rheinland bis zum 1. Juli verlassen haben.
Die italienische Kammer sprach de-facto mit 275 gegen 89 Stimmen das Vertrauen aus.

Die deutschen Vorbereitungen für Genoa.

Mathias Führer der Delegation.

Berlin, 21. März. Die deutschen Vorbereitungen für Genoa sind zu einem gewissen Abschluss gelangt. Die Vorbereitungen in den einzelnen Reichsteilen sind im wesentlichen beendet. Voraussichtlich wird sich das Kabinett bereits in seiner nächsten Sitzung mit dem Ergebnis dieser Vorarbeiten beschäftigen. Man hält es für verheißt, wenn man von einem eigentlichen Programm für die Konferenz reden wollte. Für ein fest umrissenes Programm sei, so argus merkt man, einmal die ganze Klasse des Staates zu groß und dann würden die deutschen Delegierten darauf angewiesen sein, sich nach der Tagesordnung der Konferenz zu richten. Im Gegensatz zu den früheren Gelegenheiten, bei denen das Reich nur durch einzelne Delegierte vertreten wurde, werden diesmal die zuständigen Ministerien, also das Auswärtige Amt, das Finanzministerium, das Reichsjustizamt und das Reichswirtschaftsministerium durch ihre verantwortlichen Männer, also durch ihre Minister oder Staatssekretäre, in der deutschen Delegation vertreten sein. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird Dr. Mathias die Führung übernehmen. Das schließt, er wird, nicht aus, daß auch Reichsanwalt Dr. Winter nach Genoa fährt. Bestimmte wird er sich einige Tage in der Konferenzstadt aufhalten, wenn die Vertreter der übrigen in Genoa vertretenen Staaten, besonders Wood George, die Konferenz betreten. Die Anwesenheit des Reichsanwalts würde aber dann mehr repräsentativer Natur sein und die eigentliche Führung auch in diesem Falle bei Dr. Mathias liegen.

Daß Wood George vor der Konferenz von Genoa nicht demissionieren wird, gilt als sicher. Der Londoner Berichterstatter des „Manchester Guardian“ weist darauf hin, daß zwischen der Wendung des Erholungsurlaubes Wood Georges und dem Beginn der Genueser Konferenz zehn Tage liegen. Wood George werde wahrscheinlich in dieser Zeit zur Wiederherstellung seiner Autorität ein Vertrauen vom Parlament verlangen. Es könne kaum bezweifelt werden, daß er dies Vertrauen erhalten werde. Auf jeden Fall könne eine Debatte über Genoa erwartet werden.

Die Abordnungen für Genoa.

Wie der „Voss. Zig.“ aus Rom gemeldet wird, ist die Verteilung der fremden Delegationen für die Konferenz von Genoa folgende: Die Engländer können mit 110 Mitgliedern und werden im Schloß Miramare untergebracht. Wood George und Lord Curzon wohnen privat. Die Belgier kommen mit 14 Delegierten und werden ebenfalls in Miramare untergebracht werden, wo auch die acht schweizerischen Delegierten wohnen werden. Frankreich hat die Zahl seiner Delegierten noch nicht angeschlossen. Sie werden im Hotel „Savoy“ wohnen. Deutschland schickt 80 Mitglieder, die zum Teil im Hotel „Oden“, und zum Teil im Hotel „Austria“ wohnen werden. Der Minister oder Vizeminister und sein Gefolge werden privat untergebracht. Die italienische Delegation wird 110 Mitglieder zählen und wohnt im Hotel „Briton“ und Hotel „Splendid“. Die Japaner kommen mit 100 Delegierten, die zum Teil in Genoa wohnt, der andere Teil längs der Riviera untergebracht werden. Es treffen weiter ein: 8 Norwegier, 10 Schweden, 10 Dänen, 10 Holländer, 8 Luxemburger, 15 Spanier, 9 Portugiesen, 7 Ungarn und 8 Dönerländer, 5 Albaner, 80 Russen, 12 Japaner, 60 Polen, 6 Serben, 24 Österreicher, 30 Tschechen, 7 Finnländer, 22 Griechen und 22 Rumänen.

Noch keine Entscheidung über das Moratorium.

Nach 472 Millionen Goldmark für 1922?

Berlin, 21. März. Dem Vernehmen nach ist die Reparationskommission in der gestrigen Sachmittagsitzung

seiner Entscheidung über die Reparationszahlungen Deutschlands im Jahre 1922 gelangt. Der „Tempo“ hält es für sicher, daß die in Canege vereinbarten Ziffern für die deutschen Zahlungen und Sachlieferungen im Jahre 1922 aufrechterhalten bleiben. Von den 720 Millionen Goldmark, die Deutschland danach zu zahlen hätte, sind 248 Millionen Goldmark bereits an die Abfertigungskommission abgeführt (siehe provisorische Zahlungen von je 31 Millionen Goldmark seit dem 18. Januar und eine weitere Zahlung in gleicher Höhe, es bleiben also noch 472 Millionen Goldmark, die bis Ende des Jahres zu begleichen wären. Von den Sachlieferungen in Höhe von 1450 Millionen Goldmark ist der Wert der Lieferungen abzulesen, die seit dem 1. Januar geleistet worden sind.

Die freie Anleihe unvermeidlich.

Zu den Garantiebedingungen, die Deutschland bei der Bewilligung des Moratoriums gestellt werden, wird auch verlangt, daß ein Gleichgewicht des Staatshaushalts durch Steuern oder innere Anleihen herbeigeführt werde. Von volkswirtschaftlicher Seite werden vor bezug darauf hingewiesen, daß, da die jetzt vorliegenden Steuern das Gleichgewicht des Haushalts nicht bringen und die Zwangsanleihe nicht dazu dienen soll, den Haushalt zu balancieren, die Notwendigkeit der inneren Anleihe immer fühlbarer wird. Im Reichsfinanzministerium wird der Plan zur inneren freien Anleihe weiter durchgedacht. Die für auch nach der Auffassung des Reichsfinanzministeriums unumgänglich. Ihre Vorbereitung muß daher schleunigst erfolgen, schon, weil man die freie Anleihe gleichzeitig mit der Zwangsanleihe ausführen will.

Widerstände gegen das Sachlieferungs-Abkommen Frankreich will die deutschen Waren nach Rußland einführen.

Bekanntlich wird sich am Mittwoch der Auswärtige Ausschuss mit der von Frankreich gewünschten Veränderung des Wiesbadener Abkommens beschäftigen und gleichzeitig mit dem erweiterten Sachlieferungs-Abkommen. Aus parlamentarischen Kreisen wird uns hierzu mitgeteilt, daß sich in sämtlichen bürgerlichen Kreisen starker Widerstand gegen die Veränderung des Wiesbadener Abkommens nach den französischen Wünschen bemerkbar machen wird, so daß eine rege Aussprache im Auswärtigen Ausschuss sich ergeben wird. Von industrieller Seite werden wir dahin unterrichtet, daß man in der Industrie die Auffassung vertritt, daß die Veränderung des Wiesbadener Abkommens eine beträchtliche Schädigung, ja sogar eine Untergrabung des deutschen Aufbauplanes in Rußland bedeutet. Die deutsche Industrie wird durch das erweiterte Sachlieferungs-Abkommen derart geschädigt, daß es den Auslandsmarkt völlig verlassen muß. Frankreich plant nun durch die Veränderung des Wiesbadener Abkommens eine erweiterte Abnahme deutscher Waren und zwar einmal um die deutsche Industrie zu beschäftigen und dann um die Möglichkeit zu erhalten, die von Deutschland gelieferten Waren nach Rußland einzuführen. Die deutsche Industrie würde sich entschieden dagegen, durch die Sachlieferungen die Möglichkeit zu verlieren, in direkten Verkehr mit Rußland treten zu können.

Entdeckung einer kommunistischen Rantanklage in Berlin.

Ein kommunistischer Stadtrat als Mitschreiber.

Berlin, 21. März. Von der Abteilung I a des Berliner Polizeipräsidiums wird mitgeteilt: Bei dem in der Unterstraße wohnhaften Mechaniker Walter Ahrends, einem Vertrauensmann der kommunistischen Partei, wurde eine hochwertige, mit allen erforderlichen Apparaten reichlich ausgestattete Rantanklage entdeckt. Außerdem wurde ein Verzeichnis zahlreicher kommunistischer Parteimitglieder und geheime Dienstvorschriften über Frau- und Telegraphendienst vorgefunden. Ahrends ist einflußlos. Der an dem Unternehmen beteiligte kommunistische Stadtrat und Parteisekretär Fritz Krynitzki ist verhaftet worden.

Demer wird noch mitgeteilt, daß sich unter den vorgefundenen Aufzeichnungen alle Telefonnummern der Berliner Eisenbahnverwaltung mit ihren einzelnen Nummern befanden. Die entdeckte Rantanklage war eine sogenannte Aufbauplanliste, die nur Telephonnummern enthielt. Aus dem vorgefundenen Material geht hervor, daß Ahrends in letzter Zeit zahlreiche Gespräche aus Rußland aufgenommen hat. Das entdeckte Material über Telephon- und Telegraphenanlagen kann nur durch die Hilfe kommunistischer Parteimitglieder aus dem Besitz der Behörde gekommen sein. Es wird jetzt festzustellen versucht, welche Beamten an dem Diebstahl teilgenommen haben.

Die Zwangsanleihe von 1795.

Eine Zwangsanleihe wurde am 9. Dezember 1795 von dem französischen Direktorium als letzte Hilfsmittel beschlossen, um aus dem fürchterlichen, durch die Revolution hervorgerufenen Finanzniedergang herauszukommen. Das Ergebnis und die Wirkung dieser Anleihe ist hier auf Grund der authentischen Angaben, die in dem über die Pariser Revolutionszeit von Adolf Schmitz gemacht werden, dargestellt.

Nachdem auch die Schließung der Börse nur die Befestigung der Zukunft zur Folge gehabt hatte, gab das Direktorium dem Drängen der Massen nach und beschloß eine Zwangsanleihe von 600 Millionen Frank in Münze, die den wohlhabenden Klassen aufzulegen werden sollte. Dies Geld, das am 10. Dezember 1795 durch die Zustimmung des Rates der Alten bindende Kraft erlangte, teilte die Darlehner in 16 Klassen ein: die unterste sollte 50, die oberste 1500-1600 Acres Mägen besitzen. Die künftige Wiederabtragung der Anleihe sollte allmählich in zehn Raten vor sich gehen. Der Artikel 7, der der wichtigste ist, setzte fest, daß an Stelle der Münze, die der Goldmark entsprach, auch Assignaten, das damalige Papiergeld, angenommen werden sollten, und zwar zum 100. Teil ihres Nennwertes. Dadurch, daß der Staat selbst den Kurs des Assignaten auf 1/10 festsetzte, sprach er die fast völlige Entwertung seines Papiergeldes aus, die verhängnisvollste Folgen hatte. Die nächste Auswirkung dieser Bestimmung war, daß alle Warenpreise, die noch nicht dem Verhältnis von 100 zu 1 entsprachen, schnell so hoch stiegen, um dieses Verhältnis zu erreichen.

Die Freude, die zunächst in den ärmeren Klassen über die Zwangsanleihe herrschte, wurde durch diese sofort einsetzende Teuerung sehr getrübt, zumal auch noch andere Zustände dazu kamen, die Preise aller Waren in die Höhe zu treiben, bevor noch ein Centime der Zwangsanleihe bezogen war. Die reicheren Kreise aber ergriffen baldes Gegenmaß die Zahl der für die Anleihe in Betracht kommenden Bürger auf mindestens eine Million, und zwar sollten hauptsächlich die „neuen Reichen“, die Warenhändler, die Börsenmänner, die reichen Grundbesitzer und Bauern herangezogen werden. Am leichtesten hatten es die sogenannten „Wappenteile“ (gens d'office), die von „Verfälschern“ der Waren und Warenpenetrationen lebten, um sich ihren Platz zu verdienen. Sie zahlten sich nicht zu den „Goldmillionen“ gedrückt, da ihr Vermögen „schwer zu fassen“ war.

Wenn die Regierungskreise an die Zwangsanleihe die Hoffnung geknüpft hatten, daß der Münzwert von Tag zu Tag sinken und der Wert der Assignaten steigen werde, so hatten sie sich gänzlich getäuscht. Im ersten Schritte wurden allerdings die Assignaten auf den Stand von 1/10, den ihnen die Regierung selbst zurecht hatte, herabgesetzt, und der Quotient fiel unter seinen Stand von 5000 Acres Papiergeld. Aber allmählich stieg der Quotient wieder an, aufzufallen, fand am 20. Dezember schon 5500 und am 23. Dezember 6000 Acres. Die Assignaten waren aber schon am 16. Dezember von ihrer Höhe von 1% auf 1/2 heruntergegangen und sanken immer tiefer.

Damit war jeder Wert der Anleihe vernichtet. Es wurde noch ein neuer Grund für die zunehmende Teuerung, die Handeltreibenden aller Art, die sich von der Zwangsanleihe bedroht sahen, suchten sich nämlich nach Möglichkeit schon vorher schadlos zu halten, sie machten, wie die Polizeiberichte meldeten, „von allen nur irgend denkbaren Mitteln Gebrauch, um so teuer wie möglich zu verkaufen“ und dadurch die Verluste der Anleihe wieder einzubringen.“ Diese Methoden lockten nach eigenen Zusicherungen sowohl die Bankiers wie die Kaufleute und ebenso die Spekulanten, die Speereinschreiber usw. Die Zwangsanleihe trug also „tatsächlich zur Verteuerung der Preise aller Dinge“ bei. Außerdem versuchten auch die Geschäftleute sich auf alle Weise der Zahlung zu entziehen, und die Regierung, Einbrüche und Proklamationen lesen so maßlos ein, daß die Finanzämter gar nicht mehr arbeiten konnten. Nach zwei Monaten war das Ergebnis, daß der Betrag der Anleihe offiziell auf 8 Millionen in Münze festgesetzt worden war, auf 10 Millionen in Münze fest der erwarbener 300 gefaßt wurde. Größere Summen sind wohl aberkannt nicht eingegangen; so einer erkrankungsmäßigen Wirtschaftslage über die Einnahme ist es nie gekommen!

Da man mit dem völligen Scheitern der Zwangsanleihe rechnen konnte, wurde schon am 23. Dezember ein Gesetz erlassen, das die Vermehrung des Assignatenwesens, alle die weitere Inflation herbeiführte, was man gerade durch die Anleihe hätte vermeiden wollen.

Die der hiesigen Landwirtschaftlichen Schule begann... am 17. d. M. erfolgten Entlassung der Schüler...

Aus Kreis und Nachbarkreisen

Joiden, 20. März. Unsere Gemeinde Joiden dürfte sich am vergangenen Sonntag eines ganz besonderen Kunstgenusses erfreuen...

Aus Provinz und Reich

Leipzig, 20. März. Nach ist das graunige Begehren des Herrn Hofmann in einer Erinnerung, als schon wieder ein mit großer Aufmerksamkeit...

auf den im folgenden ab, ohne aber zu treffen. Mitteilung aus dem Reich...

Auf die in der obigen Mitteilung des Herrschaften in die Mitteilung gefasst, ohne wohl aber andere Fragen gerührt zu haben...

Während nach erfolgter Tötung zu verhandeln. In einer Bitte nach das Augenmerk auf die Eigenschaften des Joiden...

Generaloberst Freier v. Sauter. Dresden, 21. März. Generaloberst Freier von Sauter ist in der Nacht zum Sonntag in Dresden gestorben...

Generaloberst Freier v. Sauter. Dresden, 21. März. Generaloberst Freier von Sauter ist in der Nacht zum Sonntag in Dresden gestorben...

Generaloberst Freier v. Sauter. Dresden, 21. März. Generaloberst Freier von Sauter ist in der Nacht zum Sonntag in Dresden gestorben...

Letzte Depeschen

Die Beschlüsse der Reparationskommission.

Berlin, 21. März. (Eig. Drahtber.) Die Reparationskommission hat bei ihren Beratungen über die Zahlungen Deutschlands für das Jahr 1922 bereits Entscheidungen getroffen...

Der heutige Dollarkurs.

Berlin, 21. März. (Eig. Drahtber.) Der Dollarkurs heute Mittag 12 Uhr 29.50.

Konferenz der Eisenbahnminister.

Berlin, 21. März. (Eig. Drahtber.) Die Eisenbahnminister der Länder haben sich heute vormittag in Berlin zu einer Besprechung versammelt.

Kommunistischer Hochverratsverfug.

Berlin, 21. März. (Eig. Drahtber.) Trotz eifriger Nachforschungen ist der Redakteur der 'Kommunistischen Arbeiterzeitung' Dr. Weich...

Erste Lage in Irland.

Cork, 21. März. (Eig. Drahtber.) Befriedete haben mehrere hervorragende Bürger, Anhänger der protestantischen Regierung, gefangen genommen...

London, 21. März. Die Presse sieht die Lage in Irland als unermesslich angehenden Bürgerkrieg betrieblen. Der Befehlshaber der 'British Army'...

Hebung der englischen Orient-Politik.

London, 21. März. Der in der vergangenen Woche abgegebene Erklärung der englischen Regierung im Hinblick auf eine mögliche Veränderung der englischen Orientpolitik...

Russische Frühjahrsmärsche.

Novosibirsk, 21. März. Von russischer Seite wird darauf hingewiesen, daß die unzufälligen Zusammenstöße...

Ungleich zu bieten, diese gehobene Verfassung angenehmer. Die Konzerte der laufenden Spielzeit werden noch unter der Leitung...

Mazzia auf dem Berliner Angländerbaum.

Berlin, 19. März. Infolge der in erscheinendem Maße wachsenden Einmischung stütziger Einmischer nach Berlin erklärten Streiken der Bahnkontrolle der Berliner...

Ein entzückendes Verbrechen. Nürnberg, 20. März. Umweil des Dorfes Wilsdorf bei Bamberg (Regg. Einöding) sind ein neunjähriger Knabe...

Preis v. 2000 Reichsmark. Der Zehn des bekannten Spezialisten für Luftschiffbau...

Der Beginn der Breslauer Frühjahrskongresse. Breslau, 20. März. Die Breslauer Frühjahrskongresse wurde gestern nachmittag durch einen Festakt im Marktplatz...

Volkswirtschaft - Handel - Verkehr.

Fortsetzung des Märzmarkt. Berlin, 20. März. Mit dem weiteren Rückgang des Marktes...

Berlin, 20. März. Die Verteilung am offenen Geldmarkt beruht der Werte viel Zinsen und höheren Zinsen...

Leipziger Schachturnier.

Leipzig, 20. März. Aufsteige: 649 Rinder (100 Ochsen, 139 Bullen, 71 Kalben, 239 Käbe, 236 Kälber, 417 Schafe, 1106 Schweine, zusammen 2658. Preise für 50 kg. Lebendgewicht...

Briefkasten.

Urkundlich. Die Kunde werden dann kennzeichnend, wenn sie nicht mehr an der Mutter laugen. Da die Steuer...

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.



HEINRICH LANZ MANNHEIM

Das Auge des Buddha

Roman von Friedrich Jacobien.

58

Wannistages Kapitel.

Als Sammital auf seinem ersten Weg an den Bach einen ... Die Botschaft war ein allzu zügel, den das Mäuschen eines Blattes weichen konnte, heute war er indessen wirksam ...

Dass unbekannt, hochheilig der Mager wies und in seinen ... Das Kind war noch einen einzigen Witz auf den ... Die Thr des Hofstaates war unterschoben, und Luis ...

Es wurde durch ihren Witz zu sehr geleitet, daß es ... Ich würde durch ihren Witz zu sehr geleitet, daß es ...

Familien-Nachrichten. Geboren: Wolfgang Walter, Sohn des Otto ...

Wir bedauern, die fortwährend noch einlaufenden Bestellungen auf den Merseburger Kreiskalender 1922 nicht mehr erledigen zu können, da die Auflage ...

VEREINIGTE THEATER. Kammer-Lichtspiele. Modernes Theater. Gr. Ritterstraße 1.

Frisch eingetroffen. In selten großer Auswahl und allerbesten Qualität schwere Oldenburger Röhre ...

Mittl. Beamter, 38 J., alt, ev., militärisch. Damen-Bekleidungs- und Zierarbeiten ...

J. G. Knauth & Sohn Merseburg. Herrenfilzhüte, Kofferhandschuhe, Sportmützen, blaue Regattamützen ...

Rheingold-Brett. Heute und folgende Tage das mit so großem Beifall angenommene Erntedank-Programm.

Singkarpfen u. Schleie. 1- und 2-Hemmerge, verkauft ab Freitag, solange Vorrat reicht.

Klempfächer! Kall bei Fuchs & Schrag ...

Ostergeschenke in geschmackvoller Ausführung mit guten Füllungen und in jeder Preislage.

Austrägerin, tüchtigen Filialleiter. Aufserordentlich günstige Gelegenheit für allein-tätige Frau der Haushalten, aber auch für jeden Geschäftsmann ...

Am Donnerstag, den 23. d. Mts., treffen folgende Transporte la bayerischer Zugochsen ...

Wohnungsstaud. Suche meine Wohnung in Weihenfelds, bestehend aus Stuben, Kammer, Küche ...

Zeitungs-Austräger gesucht. Merseburger Tageblatt.

Stenotypistin. Für 1. April in Villenhausstadt gesucht. verheiratete Köchin ...

Kleinkunst-Bühne. Venus-Schloßbauern 1/1/1/1 ...

Andreas-Halle. Mittwoch, abds. 7 1/2 Uhr ...

An Walter Duitz! Da Sie unter Vorgabe eines Besuges nach Frank-urt ...

... bei 100.000 ...

Beilage zu Nr. 68 des Merseburger Tageblattes

Dienstag, den 2. März 1922

Neuzeitliche Schulformen.

Die neuzeitliche Schulreform hat in der Tat die allgemeine Schulpflicht ...

viereckigen, gemeinsamen Unterrichts, wie in der Kantonsschule ...

lung - sondern in die handwerklichen, technischen und künstlerischen ...

Deutscher Reichstag

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung der ...



Prozent für die weiteren Beträge. Bei 100 000 Mark ist das Vermögen nicht steuerpflichtig.

Abg. Dr. Helfferich (Dn.): Steuern von solcher Höhe, wie sie die Vorlage enthält, werden auf die Dauer nicht erhoben werden können. Wenn es der Regierung nicht gelingt, in anderer Weise den Reichshaushalt in Ordnung zu bringen, können wir alle einpaßen. Die uns im Wesentlichen abgenommen auferlegten Sachleistungen sind genau so phantastisch und unsinnig wie die übrigen Reparationsforderungen. In der Ratifizierung dieses Abkommens ohne Befragung des Reichstages sehen wir eine Verfassungsviolation. Wir freuen uns, daß die Volkspartei in der Zwangslage nicht nur eine einmalige Maßnahme sieht, aber auch mit dieser Einschränkung unterstützt sie die Erfüllungspolitik des Kabinetts. Auch wir sind nicht Gegner einer Verständigung der bürgerlichen Parteien, aber sehen nicht ein, warum das Steuerkompromiß durchaus mit der Sozialdemokratie unter Ausschluß der Deutschnationalen gemacht werden mußte. Wir machen der jetzigen Regierung bewußt Opposition, aber wir vergessen darüber nicht die Staatsnotwendigkeit. Für die Sanierung der deutschen Finanzen gibt es nur ein Programm. Die Regierung muß sich in der Reichsverwaltung nach der Steuerdecke strecken. Der Welt muß die ungeschminkte Wahrheit über unsere Lage ohne jede Verschönerung gesagt werden. Eingriffe in die Vermögenssubstantz dürfen auch äußerlich nur in Verbindung mit einer endgültigen Regelung der Kontributionsfrage erfolgen. Die gewaltige Belastung der Vermögenssteuer wäre jedoch nur bei einer weitestehenden gegenseitigen Staffelung des Tarifes einigermaßen erträglich. Wir beantragen die Annahme der Ausschlußresolution, wonach die Höhe des steuerfreien Vermögensbetrages unter Zurechnung der Veränderung des Geldwertes angepaßt werden soll, als zwingende Vorschrift in das Gesetz. Wenner verlangt, daß der Minister des Auswärtigen vor aller Welt seine Stimme gegen Deutschlands Willefreiheit hier erhebe. Wir verzichten darauf, für die Würde dieses Reichstages zu sorgen. Wir erfüllen unsere Pflicht als Oppositionspartei. Wir sind eine nationale Opposition.

Abg. Soldmann (L.S.): Eine genügende Reichsvermögenssteuer würde das Duzend einzelner Steuererträge überflüssig machen. An dem erdrückenden Doppelstand der Beste trägt nur die Steuerlast der Besitzenden die Schuld. Wenn die Steuern nicht ausreichen, muß eben die Sozialisierung erfolgen.

Abg. Höllein (Kom.): Die Vermögenssteuer ist weit davon entfernt, eine wirkliche Belastung des Volkes herbeizuführen. Dazu ist sie im Ausmaß noch weiter verschärfelt worden. Konstitutionale bis zu den sogenannten Demokraten hin waren bemüht, den Staat nach Ertrag und Geden um die Steuern zu bemögen.

Abg. Schumann (S.): Nicht aus Agitationsrückgründen, sondern aus außenpolitischen und innenpolitischen Gründen arbeiten wir am Aufbau der deutschen Republik mit. Keine Freude können allerdings Kompromisse auslösen, aber die arbeitenden Massen werden Herrn Roenen und seinen Freunden nicht die erwartete Gefügigkeit leisten. Wir haben keine Prinzipien beim Kompromiß anzugeben und hätten vielleicht die Steuer im Interesse der Massen noch günstiger gestalten können, wenn die Unabhängigen politisch mitgearbeitet hätten, vielleicht sogar unter Ausschaltung der

Deutschen Volkspartei. Ist die Steuer auch stark, so ist sie doch nicht untragbar.

Damit schließt die Aussprache über § 1, der unter Ausschaltung der kommunistischen Anträge über frühere Antragslegung des Gesetzes und längere Paragrafen der Zuschlagung angenommen wird. Zu § 2 über Steuerpflicht und steuerbares Vermögen befristeter Abg. Dr. Helfferich (Dn.) einen Antrag, wonach bei Anrechnung der ausländischen Steuer das ausländische Grund- und Betriebsvermögen ausgenommen werden soll.

Reichsfinanzminister Dr. Dermes bittet, den Antrag abzulehnen, da die Besitzer solcher Vermögensteile sonst günstiger gestellt würden, als es dem bisherigen Rechtszustand entspricht. Redner entschuldigt die Abwesenheit des Reichstages mit dringenden Arbeiten bei der schweren außenpolitischen Lage.

Abg. Weder-Hessen (D.Vp.) stimmt dem Antrage Helfferichs zu.

Abg. Dr. Fischer (Dem.) hält an der Ausschlußfassung fest. Der Antrag Helfferich wird sodann abgelehnt und die nächsten Paragraphen in der Ausschlußfassung angenommen. § 5 bestimmt, daß Unternehmungen von der Steuer befreit sind, deren Erträge ausschließlich dem Reiche, den Ländern und Gemeinden zufließen. Außerdem andere gemeinnützige Einrichtungen, Sparkassen hingegen nur dann, wenn sie sich auf die Pflege des eigentlichen Sparvertrages beschränken.

Der Antrag Bernheim (S.) will auch diese Einschränkung der Steuerfreiheit der Sparkassen aufheben. Staatssekretär Japs tritt demgegenüber für die Ausschlußfassung ein, ebenso Abg. Dr. Weder (D.Vp.), während die Vertreter der Unabhängigen und Kommunisten den Antrag Bernheim unterstützen.

§ 5 wird schließlich in der Ausschlußfassung angenommen, ebenso die nachfolgenden Paragraphen. Zu § 10, der den Begriff „sonstiges Vermögen“ bestimmt und als steuerpflichtig bezeichnet, Gegenstände aus Edelmetallen, Edmud und Luxusgegenstände, sofern der Anschaffungspreis für den einzelnen Gegenstand 10 000 Mark und darüber beträgt. Ein Antrag der Kommunisten, statt „Anschaffungspreis“ „gegenwärtiger Handelspreis“ zu setzen, wird abgelehnt und die Ausschlußfassung mit einem Zusatzartikel „Waffenbehälter“ angenommen, wonach eine Ausnahme für die Werke lebender oder seit 15 Jahren verstorbener deutscher Künstler zugelassen wird. Auch die nachfolgenden Paragraphen werden unter Ablehnung kommunistischer Zusatzanträge angenommen. Ein kommunistischer Antrag auf Vertagung wird abgelehnt. § 16 bestimmt, daß die Vermögensgegenstände jeweils unter Berücksichtigung der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse zu bewerten sind. Bei der Ertragsermittlung soll insbesondere der Ertrag der letzten drei Jahre Berücksichtigung finden. Die Wertfeststellung bei Grundstücken soll nach der Regierungsvorlage durchweg nach dem gemeinen Wert erfolgen. Der Ausschluß hat dafür den Ertragswert eingefügt. Sozialdemokraten und Kommunisten beantragen Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Abg. Schiele (Dn.) widerspricht und beantragt, bei verpachteten Grundstücken, die dauernd dem land- und forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Betrieb gewidmet sind, den Wert des Betriebsvermögens, der im Eigentum des Pächters steht, einen Teil des zur Vermögenssteuer zu ver-

anlagenden Gesamtwertes des Grundstücks festzustellen. Dieser Betrag solle dem Gesamtwert des Grundstücks abgezogen und dem Vermögen des Pächters zugerechnet werden.

Abg. Bohmann (Dem.) beantragt, daß im Ausschusse keine Verständigung über den Paragraphen 16 zu erzielen war. Der Grundbesitz des gemeinen Wertes würde zweifelslos dazu führen, daß der Grundbesitz zum Papierwert werde.

Abg. Debold (Z.) tritt für den Ausschlußantrag mit der Forderung ein, daß bei Ermittlung des Ertragswertes insbesondere auch der Ertrag der letzten drei Jahre zu berücksichtigen ist. Der Antrag Debold will also auch die früheren Jahre für die Ertragsberechnung berücksichtigen.

Ein Regierungsvorsteher erklärt sich gegen diesen Zusatzantrag, der eine Verschönerung des Grundgesetzes bedeuten würde, daß der Ertragswert möglichst dem gemeinen Wert angepaßt sein soll. Auch der Antrag Schiele ist nicht annehmbar, da das Gesetz Personen und nicht Grundstücke betreffen.

Abg. Henke (L.S.) tritt für Wiederherstellung der Regierungsvorlage ein. Mit dem Ertragswert wolle man nur die Steuerheben von den Agrariern schonen.

Abg. Höllein erklärt, die Anträge zum Paragraphen 16 seien nichts als Steuerlabotage des Bürgerturns. Damit endet die Besprechung dieses Paragraphen. Abstimmung und Weiterberatung Dienstag.

Politische Rundschau

Judirecht: Weisung Bayerns.

Im Ausschlußauschuß des bayerischen Landtags berichtete der Minister des Innern Dr. Schwegler über das Ergebnis seiner Berliner Reise. Er habe in Berlin feststellen können, daß weder die Reichsregierung noch irgendeine andere Reichs- oder Staatsstelle sich mit der Eisenburger Staatsanwaltschaft in Verbindung gesetzt hatte, sondern daß Staatskommissar Dr. Weismann den von einem in München als verdächtig verhafteten Handlungsgehilfen Solgner aus Breslau verfaßten Bericht an die Eisenburger Staatsanwaltschaft gegeben, ihn aber nicht vom Verfasser, sondern von dem o. v. a. s. - Schriftleiter Sulzner erhalten habe. Weismann habe auf Dienstfeld erklärt, Solgner überhaupt nicht zu kennen. Andererseits habe er festgestellt, daß in Bayern tatsächlich politische Beobachter ihr Unwesen treiben und deren falsche oder einseitige Berichte den Weg nach Berlin finden. Was dabei aber nicht gehe, sei, daß das so in Berlin eingegangene Material bearbeitet und vermehrt werde, ohne daß die zuständigen bayerischen Stellen überhaupt gehört würden und Gelegenheit zur Stellungnahme erzielten. Er, der Minister, habe in Berlin darüber seinen Zweifel geäußert, daß ein solches Verfahren in Bayern nicht nur fortgesetzt, Mißtrauen hervorgerufen, sondern auch den Eindruck einer unfernordlichen Haltung erwecken müßte.

Dieser Standpunkt sei von den Vertretern der Reichsregierung auch anerkannt worden und es seien für die Zukunft hinreichende Sicherungen gegeben worden. Die Reichsregierung lege großen Wert auf ein reibungsloses Zusammenarbeiten mit den Ländern, natürlich auch mit Bayern. Die bayerische Regierung teile diesen Standpunkt und sei ernstlich bemüht, wieder eine Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens zu schaffen.